

Die Schweizerische Eidgenossenschaft

[Kursbuch S.107, Aufgabe 1]

Vom Staatenbund zum Bundesstaat

Die Schweiz ist seit 1848 ein Bundesstaat und besteht heute aus 26 Kantonen. Die Schweizerische Eidgenossenschaft begann als loser Bund von selbstständigen Städten und Ländern innerhalb des deutschen Kaiserreichs. Im 13. Jahrhundert beschlossen Uri, Schwyz und Unterwalden eine engere Zusammenarbeit. Über die
5 Jahrhunderte kamen weitere Städte und Länder dazu, 1513 waren es bereits 13 *alte Orte*. Diese erweiterten ihren Einfluss nicht nur durch Bündnisse, sondern auch durch Eroberungen von *Untertanengebieten* wie dem Tessin und der Waadt. So entstand ein lockerer Staatenbund, der 1648 unabhängig vom Kaiserreich wurde.

1798 besetzte das napoleonische Heer die Gebiete. Aus dem Staatenbund wurde
10 die *Helvetische Republik*, ein nationaler Einheitsstaat unter französischer Kontrolle. Nach Napoleons Sturz zerstritten sich die Eidgenossen und schlossen erst 1815 im Wiener Kongress einen neuen Bundesvertrag. Wirtschaftliche, politische und religiöse Spannungen führten aber trotzdem zu einem Bürgerkrieg. 1848 wurde schliesslich als Kompromiss ein Bundesstaat mit selbstständigen Kantonen
15 geschaffen.

Vom Staatenbund zum Bundesstaat

Die moderne Schweiz ist ein Bundesstaat aus 26 Kantonen und wurde 1848 mit einer Bundesverfassung gegründet. Die Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft begann aber als loser Bund von selbstständigen Städten und Ländern.

Im 13. Jahrhundert schlossen die drei Zentralschweizer Orte Uri, Schwyz und

5 Unterwalden Militärbündnisse, um enger zusammenzuarbeiten. Über die folgenden Jahrhunderte schlossen sich weitere Orte diesen Bündnissen an und so entstand langsam innerhalb des deutschen Kaiserreichs ein lockerer Staatenbund.

Die Orte bestätigten die Zusammenarbeit mit verschiedenen Urkunden, sogenannten *Bundesbriefen*. Der älteste Bundesbrief, der heute erhalten ist, datiert von 1291.

10 Er wurde ab dem 18. Jahrhundert zum *Gründungsdokument* der Schweiz stilisiert und die ursprünglichen drei Zentralschweizer Orte wurden als schwörende Personen, als *Eidgenossen*, dargestellt.

1513 bestand der Staatenbund bereits aus 13 Orten, die man in der Geschichtsschreibung die *13 alten Orte* nennt. Sie nahmen im späten Mittelalter immer

15 wieder an Kriegen teil und erweiterten ihren Einfluss, indem sie Untertanengebiete eroberten. 1648 wurde der Staatenbund schliesslich *souverän*, also unabhängig vom deutschen Kaiserreich.

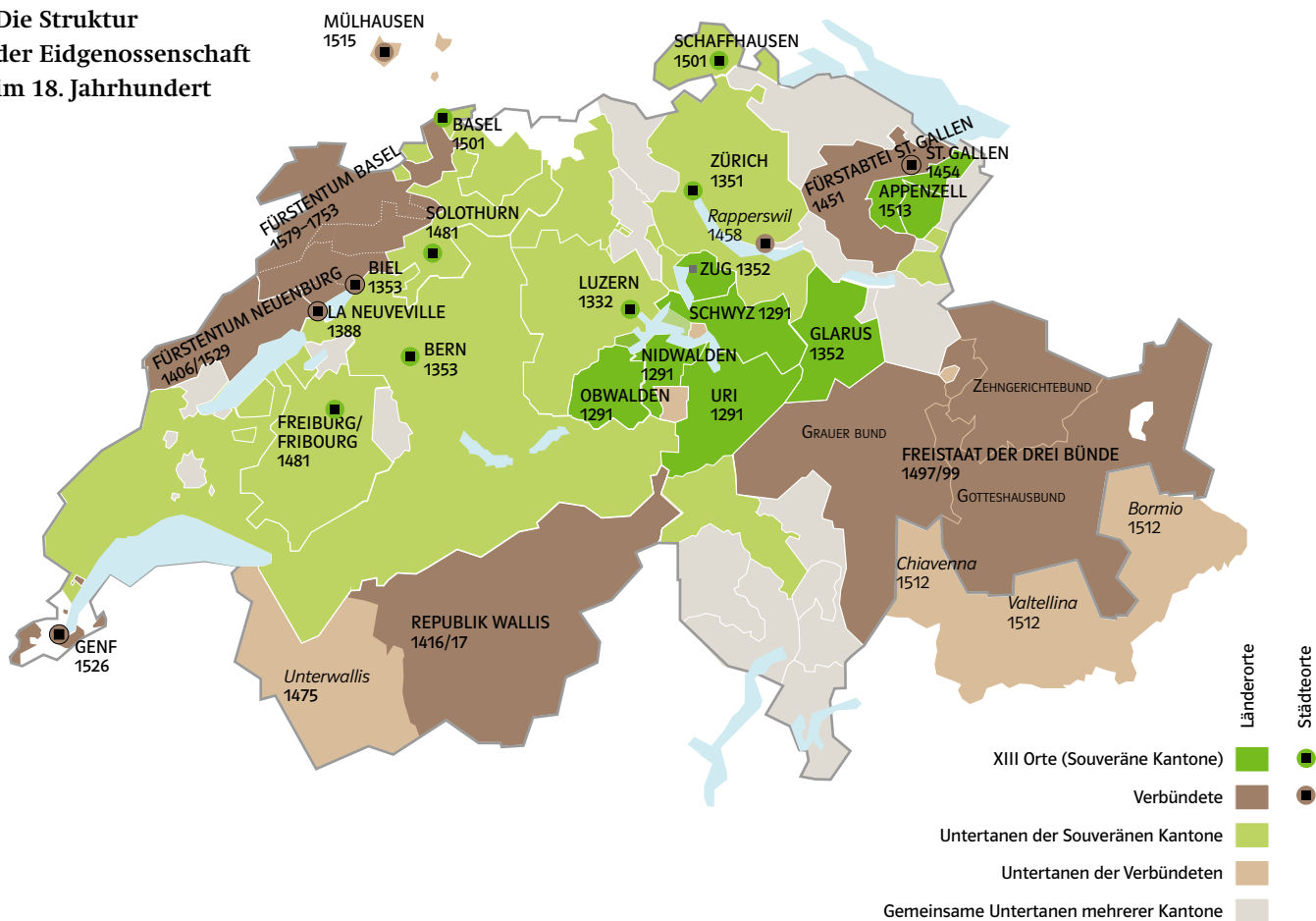
Die Alte Eidgenossenschaft endete 1798, als das französische Herr die Gebiete der 13 alten Orte besetzte. Unter Napoleon wurde aus dem Staatenbund die *Helvetische*

20 *Republik*, ein nationaler Einheitsstaat unter französischer Kontrolle. Die Gebiete der 13 alten Orte wurden neu eingeteilt. Aus den ehemaligen Untertanengebieten entstanden neue, gleichberechtigte Kantone, u. a. das Tessin, die Waadt und Thurgau, deshalb begrüßten diese Napoleon als Befreier. Die Einteilung der Gebiete in verschiedene Kantone wurde mehrmals verändert, aber im Prinzip

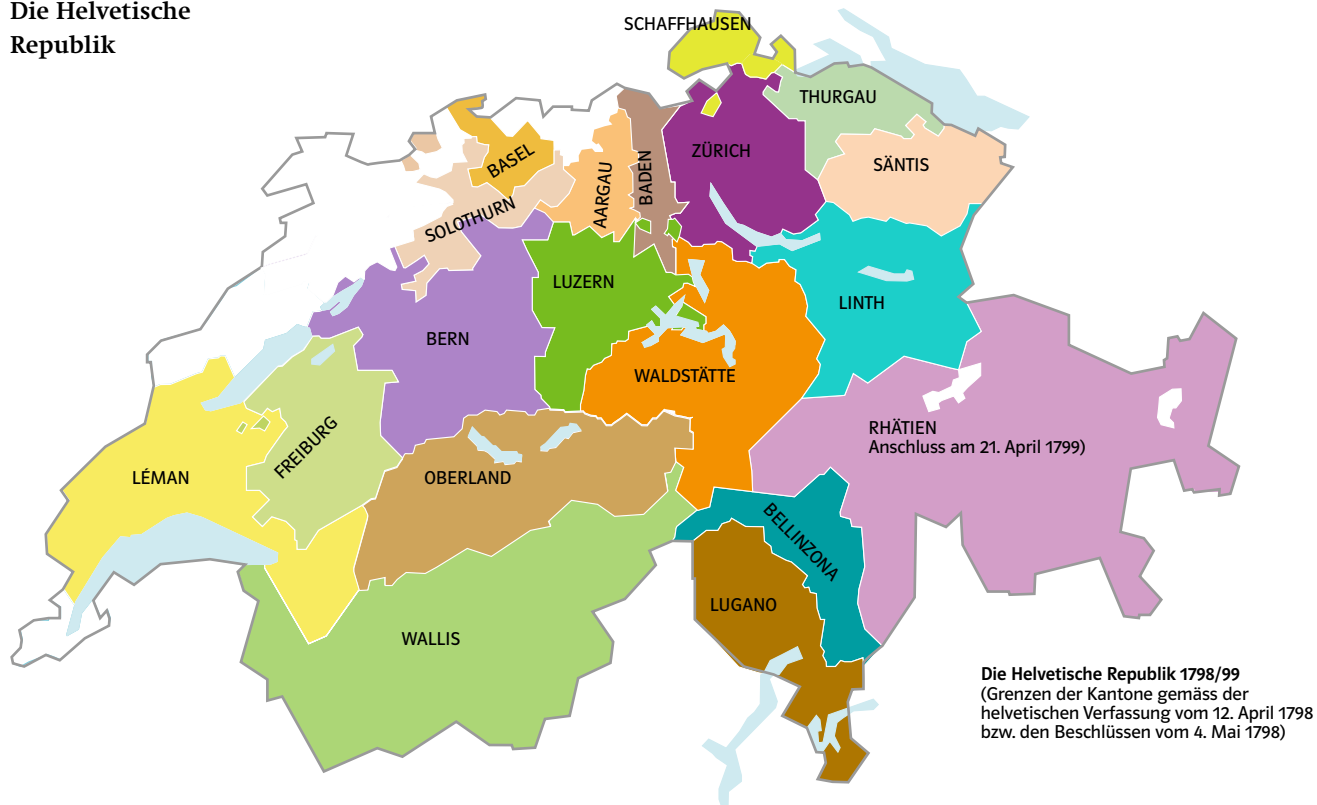
25 entstanden die heutigen Kantone in dieser Zeit. Nach Napoleons Sturz konnten sich die Eidgenossen längere Zeit nicht auf eine Staatsform einigen. Erst als die europäischen Grossmächte intervenierten, schlossen die zerstrittenen Eidgenossen 1815 einen neuen Bundesvertrag, in dem auch die heutigen Landes- und Kantonsgrenzen festgelegt wurden.

30 Die wirtschaftlichen, politischen und religiösen Spannungen zwischen den Kantonen hielten aber an und führten schliesslich 1847 zu einem Bürgerkrieg zwischen eher konservativen und eher liberalen Kantonen. Erst die Bundesverfassung von 1848 brachte einen Kompromiss: Die Schweiz wurde zum Bundesstaat, in dem die Kantone aber einen grossen Teil ihrer Selbstständigkeit behielten.

Die Struktur der Eidgenossenschaft im 18. Jahrhundert



Die Helvetische Republik



Föderalismus und politische Ebenen

Die Schweizerische Eidgenossenschaft ist stark föderalistisch organisiert. Das heisst, dass nicht alle Staatsaufgaben von einem Zentrum aus erfüllt werden, sondern dass sie zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden geteilt werden. Als Schweizerin oder Schweizer hat man nicht nur das Schweizer Bürgerrecht, sondern auch ein Kantons- und Gemeindebürgerrecht und stimmt auch über Entscheidungen ab, die den eigenen Kanton bzw. die Gemeinde betreffen. Ausserdem bezahlt man auf allen drei Ebenen Steuern: die Gemeinde-, Kantons- und Bundessteuer. Auch die politische Macht und die Verwaltungsaufgaben sind auf die drei Ebenen aufgeteilt. Deshalb verfügen auch die Kantone und Gemeinden über eigene Parlamente und Regierungen.

Die nationale Ebene, kurz «der Bund» genannt, ist zuständig für die Aussenpolitik und die militärische Landesverteidigung. Für das Schul- und Gesundheitswesen sowie die Polizei ist jeder Kanton selber zuständig. So gibt es je nach Kanton unterschiedliche Schulsysteme und jeder Kanton hat eigene Steuer-, Polizei- oder Bürgerrechtsgesetze.

Das würde ohne enge Zusammenarbeit nicht funktionieren. Der Bund legt deshalb in vielen Bereichen allgemeine Richtlinien fest, die dann in den Kantonen und Gemeinden umgesetzt werden. Zum Beispiel schreibt der Bund vor, dass der Abfall umweltfreundlich entsorgt werden muss. Wie genau das geschieht, bestimmen die Kantone und Gemeinden jedoch selber.

Das föderalistische System ist sehr aufwändig und verlangt eine sehr gute Koordination zwischen den 26 Kantonen und den etwa 2'300 Gemeinden in der Schweiz. Neuerungen und Änderungen in der Organisation von Staatsaufgaben sind oft sehr kompliziert und langsam, da alle drei Ebenen mitreden müssen. Es hat aber den Vorteil, dass die lokalen Gegebenheiten stärker berücksichtigt werden können.

Volkvertretung und Gewaltenteilung

Das schweizerische politische System setzt sich, wie bei jedem demokratischen Staat, aus Regierungen, Parlamenten und Gerichten zusammen. Das nationale Parlament besteht aus zwei Kammern, dem Nationalrat und dem Ständerat. Der Nationalrat ist die *grosse Kammer* mit 200 Nationalräten und -rätinnen aus allen 5 Kantonen. Die Anzahl Sitze pro Kanton richtet sich im Nationalrat nach der Bevölkerungszahl des Kantons. Je höher die Bevölkerungszahl eines Kantons ist, desto mehr Vertreterinnen und Vertreter hat dieser Kanton im Nationalrat. Der Ständerat dagegen verkörpert das föderalistische Element und vertritt vor allem die Interessen der Kantone (*Stände* = Kantone). Im Ständerat sitzen pro Kanton zwei 10 Vertreterinnen bzw. Vertreter, die Halbkantone haben je nur eine Person. Insgesamt sitzen 46 Personen im Ständerat, deshalb spricht man auch von der *kleinen Kammer* oder im Volksmund vom *Stöckli*. Wer das Amt eines Nationalrats oder Ständerats erhält, entscheiden die stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger: Alle vier Jahre finden die nationalen Wahlen statt, in denen alle Parlamente neu 15 gewählt werden.

Der Nationalrat und der Ständerat beraten getrennt über alle Gesetze und Vorlagen. Sie können aber nur etwas beschliessen, wenn beide Räte zustimmen. Zusammen bilden sie die *Vereinigte Bundesversammlung*, die die Schweizer Regierung, den *Bundesrat*, wählt.

- 20 Der Bundesrat besteht immer aus genau sieben Personen und bei ihrer Wahl gilt, dass nicht nur die grösseren Parteien, sondern auch die Sprachregionen angemessen vertreten sein müssen. Jeder Bundesrat, jede Bundesrätin leitet ein Departement. Jedes Jahr übernimmt ein anderes Mitglied des Bundesrats die Funktion des Bundespräsidenten bzw. der Bundespräsidentin. Dieses Amt bringt vor allem 25 repräsentative Aufgaben und nicht mehr Macht gegenüber den anderen Mitgliedern des Bundesrats.

Für das schweizerische politische System sind Konkordanz (Übereinstimmung) und Kompromiss sehr wichtig. Die nationalen, kantonalen und kommunalen Regierungen (Exekutive) werden nicht durch eine Mehrheitspartei gebildet, sondern sie setzen sich im Allgemeinen aus Politikerinnen und Politikern von allen 30 grossen Parteien zusammen, von links bis rechts. 2014 stammten beispielsweise die sieben Bundesräte und -rätinnen aus fünf verschiedenen Parteien. Sie müssen gemeinsam Entscheide fällen und diese auch nach aussen und ihren Parteien gegenüber vertreten. Auch in den Parlamenten (Legislative) gibt es keine festen 35 Koalitionen. Der Nationalrat setzte sich 2014 aus elf verschiedenen Parteien zusammen.

Das funktioniert nur, wenn immer wieder Kompromisse gefunden werden. Dank dieser Maxime ist die schweizerische Politik sehr stabil und die Personen behalten ihr Amt in den Regierungen oft lange Zeit.

- 40 Neben der Regierung als Exekutive und dem Parlament als Legislative existieren unabhängige Gerichte (Judikative). Sie sorgen auf nationaler, kantonaler und Gemeindeebene dafür, dass die Gesetze eingehalten werden.

Die Volksrechte in der direkten Demokratie

Vier Mal im Jahr ist in der Schweiz Abstimmungssonntag, denn in der direkten Demokratie können die Stimmberechtigten nicht nur ihre Parlamente und Regierungen wählen (Wahlrecht), sie können auch über Gesetze, über Staatsverträge und über Sachgeschäfte abstimmen (Stimmrecht). So entscheiden sie beispielsweise auf Bundesebene über einen internationalen Vertrag, auf Kantonsebene über ein neues Bürgerrechtsgesetz und auf Gemeindeebene über den Kredit für den Bau eines neuen Schulhauses.

Die Schweizer Bürgerinnen und Bürger haben ausserdem die Möglichkeit, politische Entscheidungen und die Gesetzgebung zu beeinflussen. Gegen ein Gesetz, das ein Parlament beschliesst, kann eine Partei oder eine Gruppierung das *Referendum ergreifen*, d.h., sie muss innerhalb von 6 Monaten 50'000 Unterschriften sammeln, damit alle Stimmberechtigten an der Urne entscheiden können, ob sie dieses neue Gesetz akzeptieren oder nicht. Ebenso ist es möglich, per Initiative ein neues Gesetz oder eine Verfassungsänderung vom Parlament zu verlangen. Dazu braucht es allerdings 100'000 Unterschriften. Die Regierung muss dann dafür sorgen, dass das Volk über das verlangte Gesetz abstimmen kann. Dabei kann die Regierung eine Empfehlung abgeben, ob sie die Initiative sinnvoll findet oder nicht, oder dem Volk ein alternatives Gesetz vorschlagen.

Diese Volksinstrumente gibt es für die nationale, kantonale und Gemeindeebene. Sie sind dafür gedacht, dass politische oder gesellschaftliche Minderheiten ihre Anliegen bekannt machen können.

Stimmberechtigt sind in der Schweiz alle Schweizer Bürgerinnen und Bürger über 18 Jahren. Dazu gehören auch die Auslandschweizer, also diejenigen, die nicht in der Schweiz wohnen. Das war aber nicht immer so. Im 19. Jahrhundert durften arme Personen und solche, die keinen festen Wohnsitz in der Schweiz haben, nicht abstimmen. Auch das Frauenstimmrecht wurde erst 1971 auf Bundesebene eingeführt, nachdem die Mehrheit der männlichen Stimmberechtigten bei einer Abstimmung die Einführung akzeptierte. Es brauchte aber über viele Jahre mehrere Abstimmungen, bis es dazu kam. Die Schweiz wurde dafür international immer wieder kritisiert.

Seit den 1980er-Jahren gibt es immer wieder Initiativen, die ein Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer verlangen. Bisher ist es auf der Gemeindeebene in einigen Kantonen der Westschweiz eingeführt worden.